

**Die Kirche liegt im Vertrauen der Österreicher gleichauf mit der Politik – und sogar hinter den Krankenkassen und Pensionsversicherungen.**



Foto: Martin A. Jochl

**Filzmaier**  
analysiert ↗

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.



# Allerheiligen, Kirche

**1.** Aktuell misstrauen der Kirche mehr Österreicher, als ihr vertrauen. Im APA/OGM-Vertrauensindex liegt die katholische Kirche abgeschlagen hinter Verfassungsgericht, Rechnungshof und sogar Kammern und Gewerkschaft. Von Krankenkassen bis Pensionsversicherung wurde man ebenfalls überholt.

Dass eine christliche Institution gleichauf mit dem Parlament liegt, das ist angesichts des Negativimages der Politik nicht begeisternd. Die Kirche gehört im Empfinden vieler „zu denen da oben“, und ist von der Elitenverdrossenheit betroffen, anstatt als Helfer zu gelten.

**2.** Die Zahl der Kirchgänger ist eine Definitionsfrage: Was wird als „oft“ bezeichnet? Unbestritten ist deren starke Abnahme. In Rechenspielen

Übermorgen ist Allerheiligen. Im Christentum konnte man irgendwann nicht mehr alle Heiligen einzeln feiern. Daher der Sammelfeiertag. Zudem wird jener gedacht, „um deren Heiligkeit niemand weiß als Gott“, also unbekannter Wohltäter. Kirche und Politik sind damit aber nicht gemeint.

wird statistisch vorhergesagt, dass bei Fortsetzung des Trends der Gottesdienst 2040 bloß vom Pfarrer besucht würde. Nur traditionelle Parteien haben einen ähnlichen Mitgliederschwund.

Ob das nun gut oder schlecht ist: Es gibt in Österreich aktuell mehr Muslime und mehr Homosexuelle, mehr Grünwähler und mehr Vereinsmitglieder, mehr Arbeitslose und mehr Unter-

nehmen als Menschen, die regelmäßig in die Kirche gehen – oder als Mitglieder einer Einzelpartei.

**3.** Aus einer historisch-politischen Sicht kann man die schwindende Bedeutung der Kirche positiv sehen: Als es keine allgemeinen, gleichen und freien Wahlen gab, saßen im „Herrenhaus“ des Reichsrats – unser Parlament seit 1867 –

Erzbischöfe und sonstige Bischöfe, denen fürstlicher Rang zukam. Daneben gab es ein paar vom Kaiser wegen Verdienste um die Kirche Berufene.

In den Landtagen dominierten neben Adeligen vor allem Kirchenfürsten. Während Frauen bis 1919 nicht mitstimmen durften, entschieden diese Herren ohne demokratische Rechtfertigung über das Volk.





# und Politik

**4.** In der heutigen Zeit gibt es freilich eine ungerechte Gemeinsamkeit von Politikern und Vertretern der Kirche. Sie werden jeweils in einen Topf geworfen, in der öffentlichen Meinung kommt es zur Sippenhaftung anstatt differenzierten Werturteilen. Die Kirche kämpft gleich der Politik mit Skandal- und Korruptionsfällen. Schimpfende Verallgemeinerungen sind trotzdem unangebracht.

Ernst Strasser & Co. sowie die Hypobank Kärnten empören zu Recht, stehen aber nicht für Tausende Politiker von Gemeinderäten bis hin zur Regierung. Daraus resultierende Pauschalurteile sind unfair. So als würde man nach Missbrauchsfällen in der Kirche alle Pfarrer als Kinder-schänder bezeichnen.

**5.** Obwohl die Kirche in der Tagespolitik keine Rolle spielt, wird das umgekehrt nicht akzeptiert. Der FPÖ-Präsidenten-kandidat wirbt mit dem Spruch: „So wahr mir Gott helfe!“ Nicht als privater Stoßseufzer für den Wahlsieg, sondern auf überlebensgroßen Plakaten.

Schon 2009 hatte Heinz-Christian Strache im EU-Wahlkampf den Kreuzritter gespielt und mit dem Kruzifix in der Hand geworben. Das galt als schlimmer Tabubruch, weil das zweite Gebot lautet „Du sollst den Namen Gottes nicht verunehren“. Kardinal Christoph Schönborn reagierte damals so: „Das Kreuz darf nicht als Kampfsymbol politisch missbraucht werden.“

**6.** Die Strategie dahinter ist leicht zu erkennen und funktioniert

seit Jörg Haider's Zeiten: Es handelt sich um gezielte Provokationen. Die zu erwartende Aufregung verschafft der Partei, dem

Kandidaten und seinen Plakaten eine kostenlose Medienpräsenz, die mit Werbegeldern gar nicht zu bezahlen wäre. Empörungen von der Kirche und christlichen Hilfsorganisationen bis zu Journalisten, für FPÖ-Stammwähler ein Feindbild, verstärken den Wunscheffekt der Mobilisierung eigener Anhänger.

Der Haken ist, dass die Radikalisierung der blauen Partei 30 Prozent und mehr Stimmen verschafft und nicht unbedingt Nobert

Hofer 50 Prozent und eine Stimme. Gemäßigte Wechselwähler könnten denken: „Was zu viel ist, ist zu viel.“

**7.** Wenn allerdings die Kirche meint, dass ihre Imageprobleme von der Politik verursacht werden, so verstößt sie gegen das achte Gebot. Du sollst kein falsches Zeugnis geben.

Es ist mindestens eine unwissentliche Unwahrheit, die Probleme vor der Kirchentür nicht zu erkennen. Bei ihrer ureigenen Aufgabe, der Versöhnung in einer immer mehr polarisierten Gesellschaft Österreichs und Europas, sind die Erfolge überschaubar. Ganz egal, ob es um das gegenseitige Verstehen von politisch Andersdenkenden oder Gläubigen verschiedener Weltreligionen geht. Gut gemeinte Versöhnungsaufträge der Kirchenvertreter hören sich etwas hilflos an.

Das kann die Kirche mit Berechtigung allzu Hass erfüllt auf allen Seiten vorwerfen. Oder sie sucht den Fehler auch bei sich selbst.

**„Das Kreuz darf nicht als Kampfsymbol politisch missbraucht werden.“**

Kardinal Christoph Schönborn